

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk., monatlich 35 Pf. ...

Wöchentliche Gratisbeilagen: 8seitig illustriertes Unterhaltungsblatt m. neuesten Romanen und Novellen. 4seit. landwirtsch. u. handelsbill. mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Beilage oder deren Raum für vier Wochen ...

Nr. 91.

Sonntagabend den 19. April 1913.

39. Jahrg.

Zur Handwerkerfrage.

Man kann ja zugeben, daß die Bäckerei, die im großen Befähigungsnachweis und in ähnlichen Zwangsinstanzen für das Handwerk erblickt, den „goldenen Boden“ wiederzugewinnen, stark ins Hintertreffen gerückt ist. Die liberale Auffassung, die in der Erwerbung positiver Kenntnisse, der Ausbildung des Nachwuchses, der Beschaffung technischer Hilfsmittel und billigen Kredites das Ziel für das Handwerk erblickt, hat sich, gestützt auf gute Erfahrungen, immer mehr Bahn gebrochen. Liberale Handwerksmeister, die in die Parliamente gelangt wurden, haben dort durch ihre Fach- und Sachkenntnis erhebliche mit dazu beigetragen, den mittelalterlichen Zustand bei uns den Köpfen hinauszujagen. Man darf sagen, daß die liberale Handwerkerpolitik trotz aller reaktionären Widerstände auf dem Marsch ist und nicht mehr aufgehalten werden kann.

Sehr beherzigenswerte Ansichten äußerte kürzlich wiederum ein Handwerker, der dem bayerischen Abgeordnetenhaus angehörende Vizepräsident Schreyer in der Münchener „Liberalen Landtagskorrespondenz“ über die Frage der Innungen und des Befähigungsnachweises. Er sieht in der positiven Förderung des Handwerks den wahren Fortschritt für dasselbe und äußert sich abipendend über den Befähigungsnachweis. Seine Ausführungen hierüber sind ganz besonders treffend. Wir geben sie im Auszuge wieder. Schreyer sagt:

Schwer hat man sich im Handwerk über den Wert der Innungen und der Befähigungsnachweise geäußert. Man mag über sie denken, wie man will; das eine Gute haben sie sicher: sie üben ein ethisches Ringen und Streben um eine bessere Ausbildung. Und mancher, der sonst Jüngling gerade kein Lieb, der früher verächtlich auf den Ballast des Wissens herabblies, ehe er sich selbständig machte, ist durch sie angehalten, sich um Beschaffung, modernen Geldverlehrs, Stillarten usw. zu kümmern. Bewußt, der Weltbesitzer ist kein Feindbild auf eine Lebensstellung. Der geschäftliche Erfolg hängt auch noch von anderen Dingen ab, und es hat mir einmal in der Seele wohl getan, als ich bei der Konkursversteigerung eines im Unglück geratenen Meisters dessen Prüfungsjournals mit der Note „Sehr gut“ auf einem Hauken alten Gerampels liegen sah. Ich gebe ohne weiteres zu, daß aus diesen Gesichtsmerkmalen heraus der große Befähigungsnachweis Boden und Anhänger gewinnen kann.

Aber, und hier scheiden sich die Geister: Liegen diese Gefühlsmomente auch im wirtschaftlichen Interesse des Handwerks? Ist die Unterbindung jeder Konkurrenz, die Ausschaltung jedes Fortschritts in Erwerb und Wirtschaft, die Erstarrung und Beschränkung eines Gewerbes — ganz abgesehen davon, ob sie überhaupt durchführbar wäre — selbst auf eine Zahl von Gelehrten und Tätigen ein Ideal, das ein modern denkender Handwerksmeister fordern kann? Ich sage: Nein. Nicht weil die Gewerbefreiheit ein unabänderlicher Bestandteil des modernen Staates geworden ist, sondern weil ein Versorgungspatent ohne innere Verankerung in den wirtschaftlichen Verhältnissen eine Ungerechtigkeitslist ist. Denn darüber müssen wir uns klar sein: Der Befähigungsnachweis ohne die Regelung der Bedürfnisfrage ist ein ausgeblendetes Geschloß. Ich haben wir ja jetzt schon durch die Bestimmung, daß nur der geprägte Meister Befähigung halten darf. Die Bedürfnisfrage aber, die Beschränkung eines Gewerbes für eine festgesetzte Zahl von Anwärtern, ist eine Härte, die weit ungerechter wirkt als das Zurück und Überdriß der heutigen Konkurrenz.

Geht man fordert den Befähigungsnachweis aus idealen Gründen, man will die Auslese der Qualität dem Handwerk zuführen; ähnlich wie es der Staat mit den Anwärtern auf seine Posten tut. Aber wird nicht viel Menschliches, Allmenschliches dabei mit unterlaufen? Der Meistersohn, der Anwärter auf das Erbschwein des Meisters werden sicher mildere Richter finden als ein armer Teufel von der Landstraße. ... Wenn wir also den Befähigungsnachweis, aber auch den Bewerbenachweis, der in Österreich so so lächerlichen Grenzstreifigkeiten geführt hat, ablehnen, so

tun wir es, weil wir nicht wertvolle Kräfte des Handwerks brach liegen lassen wollen oder im Kampfe um ein Ideal sich aufreiben zu lassen wünschen, das mit den Worten der Hamburger Handwerksmeister „wahrscheinlich geradezu ein Unglück für den deutschen Handwerkerstand“ werden würde.

Schreyer bekräftigt nochmals die Meistprüfungen als Ansporn zur Entlohnung von Berufsberatung, Wissen und technischem Können; er ist in ihnen, wieder etwas vom Korbsgeist und dem tierischen Jährenreichtum des alten Handwerks. Das Handwerk beginne in erster, mühevoller Arbeit das Verfallene nachzuholen, und wenn sich diese Bestrebungen in der Richtung einer moderneren, freierliegenden Auffassung von Wissen der heutigen Verhältnisse bewegen, so werde mehr erreicht als mit dem Viehgeißel nach einem nicht mehr möglichen Jährenreichtum. — Diesen Ausführungen des liberalen Handwerker-Abgeordneten wird man ohne weiteres und gern zustimmen können.

Steuerfreiheit.

In dem Entwurf über die Kostendruckung der neuen Wehranlage ist auch erwähnt worden, daß die Landesfürsten sich an der einmaligen Wehrsteuer beteiligen würden. Wir freuen uns, daß sie bei dieser Gelegenheit auf ihr Vorrecht der Steuerfreiheit verzichten. Es wäre auch in der Tat sonderbar, wenn sie, die in dringender Weise schon im Jahre 1870 durch unangenehme Steuern und Steuern zu verteidigen, zur Sicherung ihres Besitzes und ihrer Stellung nicht auch noch ihren, doch meist recht leistungsfähigen Kräften beitragen wollten. Zeigen sich allerdings erst, ob letzteres wirklich die Absicht ist, ob sie den gefürchteten Kosentag oder einen in ihrem Bestehen stehenden freiwilligen Beitrag zahlen wollen. Bisher waren sie, wie vom Militärdienst, so auch von Steuerzahlung befreit. Erstere leisteten sie trotzdem meist freiwillig, letztere dagegen nicht.

Diese Steuerfreiheit ist noch ein Überrest aus der Zeit des Absolutismus. Zu einer Zeit, wo der Grundbesitz Ludwigs XIV. der Staat hin ist, zwar nicht immer ausgeprochen wurde, aber doch tatsächlich Geltung hatte, war Besteuerung des Landesherren ein Selbstzweck gewesen. Alle Einnahmen des Landes flossen in seine Tasche, und aus ihr hatte er deswegen auch alle Bedürfnisse des Landes zu bestreiten. Was er ersparte, gehörte ihm, langte es nicht, mußte er aus seiner Tasche zuschießen, was allerdings wohl kaum je vorgekommen sein würde. Ihn besteuern, hätte daher geheißen: ihn veranlassen, etwas aus der linken Hosentasche zu nehmen und in die rechte zu tun. Jetzt ist das anders. Der Fürst erhält seine Zerstreuung, wie jeder Beamte sein Gehalt, es wird von ihm nicht mehr verlangt, persönliche Opfer für das Land zu bringen. Da wäre es doch nur vernünftig, wenn das überlebte und sinnlos gewordene Prinzip der Steuerfreiheit fielen. Und gerade in unserer Zeit, wo von sozialdemokratischer Seite das Märchen von der Bevorzugung der oberen Klassen so eifrig verbreitet wird und so viel Glauben findet, sollten die Fürsten um der Stellung zu ihrem Volke willen sich überlegen, ob sie nicht freiwillig auf ihre Ausnahmestellung verzichten. Was sie an Geld einbüßen, würden sie an Einfluß und Liebe gewinnen. Von allermindesten aber sollten sie die Einnahmen aus ihrem Privatvermögen verkleinern. Eine Aufhebung ihres Privilegs erschiene um so unbedenklicher, als durch das Gesetz vom 24. Juni 1891 schon die Häupter und Mitglieder der Familien vormals unmittelsbarer Reichstände — allerdings gegen Entschädigung — zur Steuer herangezogen worden sind. Wie wir hören, wird die fortschrittliche Volkspartei die bei Beratung des Wehrgesetzes sich bietende Gelegenheit benutzen, um einen dahin zielenden Antrag einzubringen.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag hat sich am Donnerstag in seiner Wehrzeit von den beabsichtigten Quertreibereien der Konservativen nicht beeindrucken lassen, sondern die für den Schmittler reifen Mandate des Antimilitarischen Wehrgeistes und des konservativen Herrn von

Kröcher für ungültig erklärt. In beiden Fällen lag nach rechtlichen Gesichtspunkten die Situation sehr klar. In Fall Wehrzeit mußte, entgegen dem Kommissionsbeschluss, der nur auf Bewässerung getauert hatte, die Ungültigkeitserklärung erfolgen, weil einige Amtspersonen die Mitteilung des Wahlkommissars, daß der fortschrittliche Reaktor Rüdiger-Stecklich mit seinem antemilitarischen Gegenkandidaten in der Stichwahl stehe, bei ihrer Bestimmung willkürlich in die Bezeichnung „Reichs-Vertreter“ abgeändert und dadurch die Bestimmung in der Wehrzeit durch die Wahlprüfungskommission gebrochen hatten. Der zweifelhafte Kampf antemilitarische, konservativ und Zentrumsgewordene in trauem Verein für die Rettung des angehenden Mandats; aber die gesunde Logik, die namentlich vom Abg. Dr. Neumann-Hofer vertreten wurde, trug den Sieg davon, da schließlich auch die Nationalliberalen in ihrer ganz überwältigenden Mehrheit für die Ungültigkeit stimmten und die daher, wenn auch nur mit der knappen Mehrheit der Stimmen, ausgesprochen werden konnte. Bei der Wahl des Herrn v. Kröcher konnte sich auch das Zentrum zu einem erheblichen Teil nicht der Empfindung entziehen, daß die Unterstützung der Antimilitarischen, Bürgermeister und Ortsvorsteher unter dem konservativen Wahlkampf nach alter Praxis als Wahlbeeinflussung zu gelten habe. So wurde Herrn v. Kröchers Mandat mit großer Mehrheit laßiert.

In beiden Wahlen, die nunmehr erledigt sind, wird es sehr schwierig sein, die Mandatsprüfung des Mandats zu geben. In Salzburg Gardelegen dürfte der deutsche Bauernbund wiederum versuchen, das Mandat an sich zu reißen. Im Fürstentum Waldeck hatten die Antimilitarischen 1912 4403, die Fortschrittler 3687, die Nationalliberalen 2037 und die Sozialdemokraten 1600 Stimmen. Bei der Stichwahl war Wehrzeit mit 6192 gegen 6039 fortschrittliche Stimmen als gewählt proklamiert worden. Der Kreis, den bekanntlich früher der Abg. Dr. Posthoff vertreten hatte, kann von der Fortschrittspartei zurückerobert werden, wenn auch natürlich die Antimilitarischen alle ihre Agitationskräfte aufwenden dürften, um sich ihren möglichst erworbenen Besitz zu erhalten.

Die Heres- und Dedungsborlagen.

Die Konservativen wollen Ruhe in der Wehrzeit der Dedungsfrage. Die „Konservative Korrespondenz“ schreibt nämlich am 8. April eines Artikels über die erste Lesung der Dedungsborlagen: Das nächste Wort bei der Überwindung dieser Schwierigkeiten wird in der Budgetkommission zu sprechen sein. Leider wird diese kaum noch vor Pfingsten an die Beratung der Dedungsborlagen heranreifen können. Es wird also eine Pause von über vier Wochen entstehen, und es besteht die Gefahr, daß der Kampf um die Wehrzeitfrage in der Öffentlichkeit inzwischen mit neuer Heftigkeit entbrennt, zumal da in dieser Zeit die Gendtagwahlbewegung in Preußen fällt. Das könnte leicht dahin führen, daß die Parteien, auf deren Arbeitseinsparung es bei der Lösung der Frage ankommt, sich von neuem gegeneinander feilschen. Wir würden es deshalb für dringend erwünscht halten, wenn in der jetzt entretenden Pause die Erörterung der politischen Streitfragen, die mit der Wehrzeitfrage verknüpft sind, nach Möglichkeit eingestellt würde, und sind unermüdet gern dazu bereit. Der Vorrede darüber sind genug geredet. Dagegen, daß man sich in der Zwischenzeit bemüht, die technischen Einzelfragen der verschiedenen Steuerprojekte zu klären, haben wir natürlich nichts einzuwenden.

Das ist sehr gnädig von der „Konservativen Korrespondenz“. In ihrigen werden alle unabhängigen Blätter, die dem Geist der konservativen Parteileitung nicht unterliegen, das Defret zurückweisen: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht, nur weil die Kreise der Konservativen bei der Landtagswahl gestört werden könnten.

Konservative Rache. Die „Kreuzzeitung“ hält ihren Angriff gegen den Senatspräsidenten des Oberverwaltungsgerichts Oberregierungsrat Dr. Strub aufrecht, der es gewagt hat, die Bestimmung der Wehrbeitragsborlage entschieden zu bekämpfen, daß als Wert ländlicher Grundstücke nicht der Gemeinwert, sondern der 25fache Reinertrag zu gelten habe. In ihrer Mittwochabendnummer wiederholt die „Kreuzzeitung“ ihre Angriffe, indem sie fragt:

„Ist es verwunderlich, daß Landwirte zu einem Richter, der von solchen Auffassungen zu durchdrungen ist, daß er sie öffentlich mit seinem vollen Namen vertritt,

nicht das Vertrauen völliger Unbefangenheit haben?
Sogar die „Deutsche Tageszeitung“ hatte zum ersten
Angriff der „Kreuzzeitung“ geschrieben, daß sie sich die
Angriff der „Kreuzzeitung“ schreiben, daß sie sich die
Angriff der „Kreuzzeitung“ schreiben, daß sie sich die

Zu den Landtagswahlen.

Zur Landtagswahl in Ober- und Niederbar-
n im bringt die „Deutsche Tageszeitung“ übrigens im
Einfluss mit einer Reihe von konservativen Mätern des
Wahlkreises, eine Notiz, die darauf hinausläuft, die National-
liberalen nach der rechten Seite hinüberzulenken.
Es heißt ferner, die offizielle Wahlkreistheilung der
Nationalliberalen habe sich, obwohl ihnen gleichfalls von
den Rechtshabenden die gemeinsame Unterstützung einer
nationalliberalen Kandidatur bereitwillig angeboten
wurde, auch in diesem äußerst gefährdeten Wahlkreise
auf die Seite der mit den Umwälzern schädlichen Fort-
schrittler geschlagen, es sei jedoch zu erwarten, daß wenig-
stens die Wähler in der ersten und zweiten Umhäufung
der Partei diesen offensichtlichen und besessenen Vor-
marsch nach links nicht mitmachen würden.

Das agrarische Blatt wendet hier also den National-
liberalen zu, eine Umwandlung, die ihre Parteileitung aus
schwermögenden Gründen getroffen hat, und sich halten
sollen zu durchbrechen. Offenbar handelt es sich hier
eigentlich um einen Verstoß gegen die Parteipolitik der
Nationalliberalen, haben bisher nicht die leiseste Veranlassung
gegeben, die Grund zu der Annahme wäre, daß sie auf die
Parteiangehörigen der Wähler irgendwie eingewirkt
hätten. Es ist aber bezeichnend für die bündlerische
Moral, daß die Herren ganz offen eine andere Partei
anzudeuten, einen Vertragsbruch zu begehen. Die Na-
tionalliberalen Partei hat in ihrer bisherigen Parteilinie
demgegenüber klar erkennen lassen, daß sie an dem Ab-
kommen mit der fortschrittlichen Volkspartei festhalten
gedenkt, wie dies ja auch gar nicht anders zu erwarten
war. Das furchtbare Wort der „Deutschen Tageszeitung“,
daß die Fortschrittler „mit den Umwälzern schädlichen“,
braucht kaum noch ernstlich zurückgewiesen zu werden.

Die Unjünglichkeit des Dreißtägigen
wird als Kredit bei weitem an einigen praktischen
Beispielen gezeigt, die der Bekanntmachung des Berliner
Magistrats über die Umwohnbezirke Berlins entnommen
wurden. Als Ergänzung sei noch mitgeteilt, daß im 28.
Bezirk Kulturminister v. Trost zu Holz in der
ersten Klasse wohnt, im 34. Bezirk wohnt
gleichfalls in der dritten Klasse die Ministerin v. Fre-
denbach, v. Schorlemer, Eybow, die Staats-
sekretäre Kraetzle und Kühn. Im 55. Bezirk ge-
hören zu den Wählern der dritten Klasse die Minister
Feseler und Delbrück und der Reichsanwalt
v. Bethmann Hollweg.

Mit der sozialdemokratischen Frauenbewegung

ist Genosse Rabloff, wie er in den „Soz. Monatsz.“
niederzuschreibt, recht wenig zufrieden. Er mißt nicht ein-
mal den Umkreis der sozialdemokratischen Bewegung,
glaube in der sozialdemokratischen Organisationsarbeit,
allem großen Bedeutung bei. Denn nicht einmal von den
Frauen und Töchtern, deren Männer oder Väter in der
Partei, den Gewerkschaften und den Genossenschaften
tätig waren oder sind, sieht er von vornherein voraus,
daß sie aus Überzeugung zur Bewegung gehören sind.
Von den Männern glaubt er aber erst recht, daß sie in der
Hauptsache nur aus Anfallsgründen in die Bewegung
hineingetrieben worden seien. Darüber schreibt er:
„In den verschiedenen Landesteilen, in denen ich
meine Beobachtungen habe anstellen können, war es
meist so, daß die Frauen und Mädchen nach einem mehr
oder weniger längeren Verweilen sich einfach in die so-
zialdemokratischen Vereine anschließen ließen. Wer
dann aber fortlaufend das Vereinsleben in den Frauen-
und Bildungsabenden mit anjah, dem konnte es
nicht verborgen bleiben, daß die erste Begeisterung,
wohlfühlend wie sie war, sich rasch
wieder verflüchtigte.“

Demerkenswert ist es, daß Rabloff dies nicht einzig-
lich allein mit dem Verfalls- und Haushaltungsinstinkt
bei den Arbeiterfrauen und -Mädchen begründet, viel-
mehr meint er:

„Zweifellos tragen auch die Art, wie diese Frauen-
abende gestaltet sind, das mangelhafte Interesse der
Männerwelt, der persönlichen Eitelkeit und
Stetigkeit, in dem man sich mit Gegenstand ergeht,
die Schuld daran.“

Rabloff ist dann im einzelnen an der Art, wie die
Lesen- und Diskutierabende gestaltet, und an denen die
Frauen mit Marx, Engels und Lassale traktiert werden,
kritik und meint, daß man ihnen auf diese Weise nur
die Köpfe verwirre. Es müßten im Gegenteil zunächst
die engsten Interessen der Frau in den Kreis der Er-
örterung zu ziehen sein.

Man kann mit den Arbeiterfrauen und -Mädchen
über Kinder- und Mutterrecht reden, ohne daß gleich
gedankenswertere Sätze aus Marx zitiert zu werden
brauchen. Was keine als hervorragende Rednerin
bekannte Genossin, die jedochmal ihre Rednerinnen
mit einem Bombardement marxistischer Ausprüche be-
grüßte. Es mag in gewissen Kreisen Bewunderung er-
wecken, wenn die Zuhörerinnen eine der Ihrigen in
dieser Weise reden hören; aber der Erziehung der weib-
lichen Arbeiterklasse wird damit nicht gedient. Schließ-
lich wird kein wirklicher Nutzen davon zu erwarten
sein, als ging ihnen ein Mißbrauch im
Kopf herum.“

So werde eine Menge unverständen Feinds über die
Kapitalismusordnung in unsere Frauen hineingetrichtert,
das nur verhängnisvoll auf Geist und Gemüt wirken
kann. Genosse Rabloff, auch jeder angehenden Arbeiterin,
die die sozialdemokratischen Frauenvereine betreten
den Frauen-Sitzrechtsfrage geschildert die Gegenläufe zu
den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen verständig hätten.
Das sei um so unverständlicher, als „bei uns auf lange
Zeit an die Einführung des Reichstagswahlrechts für die
Frauen nicht zu denken ist.“ Er mißt dem Frauenstim-
recht offenbar auch zunächst nur keine Bedeutung bei.
Dagegen verlangt er, daß die öffentliche Tätigkeit unserer

Frauen zunächst in den Kommunen beginnen
müsse.

In der Armen-, Waisen- und Kranken-
pflege, Dinge, die ihrer bisherigen Tätigkeit und
daher ihrem Gesichtskreis naheliegen, wird die Ar-
beiterfrau ihre Erfahrungen trefflich verwerten können,
wird sie fester, tüchtiger, vielseitiger und weite-
rückender werden, wenn sie nur schließlich genug ist,
richtig angeleitet wird. Von dieser Vorsicht aus führt
dann der Weg zur Gewährung des aktiven und passi-
ven Kommunalwahlrechts. Damit aber tritt sie in
einen neuen umfangreichen Pflichtkreis ein.
In keinem Staat Deutschlands sind wir bisher so
weit, nur in Baden ist die Heranziehung der Frauen
zur Armen-, Waisen- und Krankenpflege obligatorisch
erklärt worden, wenn sie nicht durch die gesetz-
gebenden Maßnahmen, damit sie sich in den Kommu-
nen im Interesse der Gemeinschaft frei betätigen kön-
nen. Und schon wir nicht davor zurück, auch den-
jenigen bürgerlichen Frauen und Vereinen, die eben-
falls in der Erziehung des kommunalen Wahlrechts für
die Frauen eine weitere wichtige Etappe auf dem Weg
zur Frauenbefreiung erblicken, um gemeinsamen
Kampf mit uns anzufangen. Nach Vorfälle sollen wir,
wenn wir etwas erreichen wollen, alle Kräfte auf einen
Punkt konzentrieren. Unsere Arbeiterinnen und
-mädchen sollten das auch tun. Nur in der Kunst,
sich auf das Erreichbare zu beschränken,
liegt die Möglichkeit des Sieges.“

Der Zwischenfall von Nancy

Nach französischen Berichten dauert die Unter-
suchung der Ausschreitungen durch den Staatsrat Gogier, die
Staatsanwaltschaft und die städtische Polizeibehörde in
Nancy noch fort. Anscheinend verüben die Vernehm-
lungen die Sache möglichst harmlos darzustellen. Aus
Nancy wird nämlich berichtet:
Staatsrat Gogier hat am Mittwoch die Mehrzahl
der Beamten vernommen, die den Zwischenfällen vom
Sonntag beigewohnt haben. Ihre Erklärungen stimmen
sämmtlich darin überein, daß keinerlei Gewalt-
tätigkeit gegen die Deutschen verübt wor-
den ist. Die Vernehmungen sind noch nicht beendet.
Daher wird durch andere Beamtenbeamte gewisse Ein-
zelheiten noch näher bestimmen lassen. Der Polizeikom-
missar hat das Protokoll dem Staatsanwalt und dem
Generalkonsulamt eingereicht.

Nach solchen Erachtungen wäre es allerdings gut, wenn
die Untersuchung noch fortgesetzt würde. Wenn in Nancy
seht von den Deutschen, jede Gewalttätigkeit gegen die
deutschen Reisenden abgelehnt wird, so stimmen alle
deutschen Berichte dahin überein, daß die sieben Deutschen
auf das brutalste behandelt worden sind. Ein ruhig und
sachlich gehaltenen Bericht eines der beteiligten Deutschen,
den die „Meher Hag.“ wiedergibt, hebt hervor, daß zwei
Gruppen von Deutschen in Frage gekommen sind: zwei
Führer der Arbeiter und eine Gruppe von Frauen, die
sich in der Nähe der Dampfabteilung befanden. Von
beiden Gruppen haben sich erst zwischen ein und zwei
Uhr nachts auf dem Bahnhof in Nancy getrennt. Von
allen werden die Gewalttätigkeiten und Beschimpfungen
bestätigt. Abgesehen hat es den Anschein, als ob einige
Schuldige bereits entdeckt seien. Es wird aus Nancy
gemeldet:

Die zwei städtischen Schaubleute, die auf
dem Nancyer Bahnhof den Dienst verlassen, als die
Deutschen den Zug nach Metz belagerten, schritten erst
ein, als die Manifestanten in das Gebiet der Deutschen
eintraten. Da die Schaubleute es unterlassen hatten,
ihren Vorgesetzten den Fall zu melden, richtete der Pro-
kurator von Nancy an den Bürgermeister das Ge-
suchen, die beiden Schaubleute zu bestrafen.
Außerdem war in einem Telegramm aus Nancy gesagt,
„einige der am meisten kompromittierten Leute seien be-
kannt“, es sei aber noch kein Strafverfahren gegen sie
eröffnet worden. Wenn dieser Strafverfahren jetzt förmlich
nachgehört wird und auch die Polizisten und Soldaten,
die ihre Pflicht verüßten haben, zur Verantwortung ge-
zogen werden, so sind wir schon ein gutes Stück weiter.
Und wir können nur wiederholen: je schneller und tiefer
die Missetäter in Nancy bestraft werden, um so eher
werden sich Tüchtigen dankbarstellen in Frankreich
hätten, ihren Entschuldigungen die Hände zu waschen.

Die wiederkehrende Bekanntheit.
Die Explosion des nancyer Deutscherhofes in Nancy
hat anscheinend den verächtlichen Elementen die durch das
ewige Predigen eines Revandictories heraufbeschworene
Gefahr ernstlich vor die Augen gerückt. Und vernünftige
Gedanken geht man jetzt daran, die Ursache solcher Volks-
erregung auszuforschen. Aus Paris wird nämlich be-
richtet:

Das Theaterblatt „Commodite“ meldet, daß die Be-
hörden beschlossen haben, das in den Nancyer Ringel-
tänzen geübte Spottspiel auf den Revellen in sämt-
lichen Ringeltänzen an der Distanz zu verbieten.
Ferner sei ein Anordnung des Ministeriums des
Innenen die Aufführung des Spottspiels „Coeur de
Francaise“ in Amneville, Verdun und Nancy unter-
sagt worden, da während der Aufführung des Stückes im
Nancyer Theater am Mittwoch das Publikum beim Er-
scheinen der deutsche Uniform tragenden Schauspieler lä-
chernd demonstrierte.

Ein solches Verbot ist mit Freunden zu begrüßen. Es
zeigt auch, daß die französischen Behörden sich des Grades
der Situation durchaus bewußt sind. Mit der Vereit-
lung der Urteile wird hoffentlich die Wirkung nicht aus-
bleiben, und das nicht mehr durch fortwährende schwin-
delhafte Darstellungen aufgeschaltete Volk wird sich dann
nicht mehr so leicht zu solchen Exzessen wie in Nancy hin-
drängen lassen. Dasselbe Ziel verfolgt folgende Kund-
gebung:

Der Generalkonsul des Rhône-Departement
in Nancy sprach infolge der Vorfälle in Nancy einstimmig
den Wunsch aus, die Regierung möge, wenn die zur
öffentlichen Kenntnis gekommenen Berichte sich als un-
richtig erweisen sollten, ein der Wille der Regierung
derartiger Vorkommnisse vorbeugen oder
energisch unterdrücken, denn wenn sie an sich
keine Bedeutung seien, geben sie doch zu leidenschaft-
lichen Erörterungen Anlaß, wodurch der internationale
Anseh der französischen Höflichkeit schwer geschädigt
werden könnte.

Es wäre zu wünschen, daß solche ruhigen Elemente in
Frankreich sich in diesen Tagen immer mehr zu Worte

melten, um die Revandictories zur Vernunft zu
bringen.

Frankösisch und deutsche Gastlichkeit.
Angehöriger der Vorfälle in Nancy ist, wie der „Leip-
ziger Nachrichten“ geschrieben wird, an einen Vor-
gang während der letzten Ostermesse in Leipzig erinnert.
350 Franzosen, darunter auch Frauen, waren in
gesellener Gesellschaft Gruppe zum Besuch nach
Nancy eingetroffen. Neben waren sie auf der Straße
durch die laut und öffentlich geäußerten französischen Ge-
spräche als Franzosen erkennbar. Keinem Leipziger ist
es eingefallen, diesen Gästen der Stadt auch nur mit
einer unfreundlichen Miene zu begegnen. Man freute
sich ihres Ansehens für unsere Stadt, und sah sie gern
in geschlossener Gruppe auch in das neue Rathaus ein-
treten, wo sie von einem Ratsdiener bereitwillig durch
alle Räume geführt wurden. Da, noch mehr! In der
Petersstraße und in der Grimaldijer Straße standen
Schubleute bereit, die durch Umwinden als der fran-
zösischen Sprache mächtig gleichmüthig waren. In außer-
ordentlichem Umfang sind gerade sie von den Teil-
nehmern dieser französischen Gesellschaft in Nancy ge-
nommen worden. Für uns Deutsche ist ein solches Ver-
halten etwas ganz selbstverständliches und es ist beauer-
lich, daß man jenseits unserer Weltgrenze seine politische
Lebenskraft an wohlwollen Reisenden anläßt.

Die amtliche Untersuchung in Nancy beendet.
Nancy, 17. April. Die amtliche Unter-
suchung des Zwischenfalles ist beendigt. Staatsrat
Gogier hat heute nachmittag mit einem Deputierten
Paris zurückgekehrt. Die heute vernommenen
Zeugen, namentlich die Wahnschöffen, wiederholten
bereits vorgebrachten Aussagen und erklärten,
nicht gesehen zu haben, daß die Deutschen ge-
schlagen wurden.

Die Lage auf der Balkanhalbinsel.

Wie sich jetzt herausstellt, war die erste Nachricht vom
Ausbruch eines Waffenstillstandes nicht ganz
richtig. Es handelt sich noch um kein endgültiges
Waffenstillstand, obwohl dieser so tatsächlich schon
berichtet, sondern um eine vorläufige Vereinbarung
zwischen Türken und Bulgaren. Die „Agence Bulgare“
meldet: In den Nachrichten über den Abbruch eines
Waffenstillstandes zwischen Bulgarien und der Türkei
sind wir ermächtigt zu erklären, daß es sich hierbei nicht
um einen schriftlich abgeschlossenen Waffenstillstand han-
delt, sondern um eine für einige Tage mündlich verein-
barte Waffenruhe, die beiden Teilen ermbaldigen soll,
ihre Taten zu beerdigen.

Wie die „Agence d'Athènes“ aus guter Quelle er-
fährt, ist die griechische Regierung der Meinung,
daß die Verbündeten sollten, wenn auch ihre Verbindungen
nicht erfüllt werden seien, keine Einwendungen gegen die
Mediation der Mächte machen. Die griechische Re-
gierung sei geneigt, die Mediation anzunehmen
und behalte sich vor, die Einzelheiten über den Frieden
zu erörtern.

Montenegro will noch immer nichts von Rück-
gängen wissen. Da aber die Serben die Hilfe
nicht in Aussicht mit einer nur schwachen Unterstützung
nicht in Aussicht, Serbien zu erobern. Die internationale
Macht demonstriert weiter vor der montenegrinischen
Macht und die Diplomaten in Cetinje mit päpstlichen
Vertretern, die sich der Krön der Schwarzen Berge
aber nicht fecht.

Im Balkanbund
wird der Streit um die Werte immer erregter, je mehr
man sich dem Friedensschluß nähert. Die Einigkeit hielt
nur so lange vor, als es galt, die Türken zu bekämpfen.
Die Nachrichten über bulgarische Unzufriedenheiten
in Montenegro haben die Serben, Bulgaren, das Gesichts
zu tun. Wie der „Neuen Freien Presse“ aus Saloniki
gemeldet wird, ziehen die Serben im Hinblick auf die
Entsendung zweier bulgarischer Regimenter nach Doiran
eine Division in Gecowal zusammen. Angeblich sind
die Landwehrmilitärs der Jahre 1892, 1893, 1894
zu einer 15tägigen Waffenübung einberufen worden.

Griechenland und Bulgarien.
Aus die Beziehungen zwischen Griechenland und
Bulgarien werden immer gespannter. Die störende
„Korrespondenz“ meldet aus Sofia: Der Verkehr
auf der Eisenbahnlinie Saloniki-Debagatich
ist infolge von Meinungsverschiedenheiten zwischen den
griechischen und bulgarischen Militärbehörden wieder
eingestellt worden. Die Sofiaer Blätter bringen
Nachricht über ein außerordentliches militärisches
Maßnahmen in Griechenland bei Saloniki,
welches die Stadt an der Landseite befestigt. Alles deutet
darauf hin, daß die Griechen auf einen Zusammenstoß
mit den Bulgaren rechnen. Die bulgarischen Blätter
schreiben, dort entliehe lebt ein amtes Adria-
nopol in Bulgarien. Der Ruf nach Saloniki
wird in Bulgarien nicht mehr verkommen.

Diese Meinungen lassen klar den Ernst der Situation
erkennen, der durch leere Worte der verbündeten Regie-
rungen nicht vermindert werden kann. Sollte es wirklich
zu kriegerischen Auseinandersetzungen der Sieger kommen,
so würde dies für das übrige Europa nur ein uner-
wartetes Schauspiel bedeuten, europäische Verbindungen
würde ein solcher Krieg wohl kaum nach sich ziehen. Ein
Beweis dafür, wie optimistisch man nach den Ereignissen
der letzten beiden Wochen die europäische Lage ansieht,
ist die Herabsetzung des englischen Danbistants von 5
auf 4 1/2 Prozent, die gestern mittag von der Bank von
England vorgenommen wurde.

Eröffnung der Wladode für serbische Militärtransporte.
Die serbische Regierung hat beim Admiralitätsrat der
internationalen Wladodeflotte den Antrag gestellt, es
möchte den Serben gestattet werden, ihre Truppen vor
Sofutari auf griechischen Kreuzfahrtschiffen durch die
Wladode zu passieren. Der Admiralitätsrat hat,
nach dem „Sof. Anz.“, beschlossen, die Wladode für Mi-
lärtransporte von Truppen zu öffnen.

Die Truppen in Armenien.
Konstantinopel, 17. April. Wie verlautet,
hat die Regierung endgültig beschlossen, in die osman-
ischen Wladode eine Kommission mit dem Auftrage zu
entenden, die zwischen Kurden und Armeniern schweben-
den Streit bezüglich kritischer Angelegenheiten zu regeln und
das Wesen über die Schaffung von Friedensgerichten
durchzuführen. Ferner werde die Genamerte unter
der Leitung des französischen Generals Suman,

des ehemaligen Kommandanten des mazobischen Gen-
darmerieleiters in Zerbst, nicht werden. „Luzin“ drückt sein Bedauern über die Vorfälle
in Pilsitz und Erzingen aus, jedoch in maßvollen
Worten, offenbar mit der Gewißheit der Armenier nicht zu
verlegen. Das Blatt empfiehlt den Moschammedanern
und Armeniern, nicht Klagen über die Armenier zu heben,
da die Verhältnisse die Erteilung der ganzen Partei-
nächsten kennen. Das Blatt hofft, daß die Regierung
eine ernste Reformpolitik betreiben werde; dann
würden die Bombenfabriken wegen mangelnden Ansehens
den Betrieb einstellen.

Politische Übersicht.

Österreich-Ungarn. Die Führer der deutsch-öster-
reichischen Abgeordneten erschienen am Donnerstag
beim Ministerpräsidenten zur Besprechung darüber, wie
eine Landtagsession in Böhmen ermöglicht
werden. Nach der Minister des Innern wohnt der
Besprechung bei. Der Ministerpräsident legte die Finanz-
situation und politische Lage Böhmens dar und
gab Aufstellungen über die Wünsche der Regierung, eine
Landtagsession mit einem mit den Parteien zu verein-
barenden sachlich begrenzten Programm zustande zu
bringen. Die Besprechung wird fortgesetzt werden, wenn
die Regierung mit den böhmisches Abgeordneten Süh-
lung gekommen hat.

Italien. Über das Befinden des Papstes ist
am Donnerstag morgen folgendes Bulletin ausgegeben
worden: Die Nacht war ruhig mit einer ganz leichten
Beförderung. Am Morgen betrug die Temperatur 36,6
Grad. In der Vormittagszeit eine Beförderung eintraten.
Wie es heißt, hat der Papst mehrere Stunden in der
Nacht geschlafen. Dr. Amici, der, wie gemeldet, im
Nebenzimmer die Nacht verbrachte, wurde während der
ganzen Nacht nicht gerufen. — Die am Donnerstag vor-
mittags festgestellte Beförderung im Befinden des Papstes
hat in den ersten Nachmittagsstunden angehalten. Das
„Giornale d'Italia“ glaubt, die Krankheit des Papstes
ist nunmehr bis zum Eintritten des Herbstes auf un-
unterrichtete Personen beschränkt, wenn der Dienstag
früh konstatierte Zustand am Mittwoch noch andauernd
würde man den letzten Krankheitsbericht ausgeben mit
der Erklärung, daß jede Weisung für die Gesundheit
des Papstes befristet ist. (?)

Belgien. Am 2. Juni hat der Ministerpräsident am Mittwoch
der Akademie der Wissenschaften darüber, ob die
Einleitung einer Verfassungsrevision angebracht sei. Er
verlangte für seinen Antrag die schleunige Beratung.
Die Sozialdemokraten beantragten Vertagung
der Beratung über die Gesetzesvorlage auf 14 Tage, da die
Kammer und das Land nicht in der Verfassung seien,
derartige Beratungen fortzuführen. Dann wurde über
den Streit verhandelt. Der Liberale Van Langens
sagte, die Politik des Ministeriums ermanle der Offen-
heit, denn der Ministerpräsident habe Souveränität
erweckt, die er nicht erfüllen dürfte oder wollte. Auch
Banderbelle erklärte nochmals, daß bei der Zurücknahme
des Generalratsbeschlusses im Monat Februar den ver-
mittelnden Vorschlägen großer Erfolg zu erwarten
sei. Der Ministerpräsident erklärte, er habe nur zugiebt,
daß die Frage der Kommunal-
und Provinzialverfassungen zur Prüfung zu stellen, aber er
habe nicht vor, den allgemeinen Wahlrecht, welches
in seiner Hand durchzuführen, denn, wenn wieder Jahre
im Lande sei, man nochmals an die Erweiterung der Ver-
fassungsfrage heranzutreten könne. — Am Donnerstag
begann der Ausgang der Verhandlungen mit
Frankreich und Holland. Über die Streitfrage ist zu
berichten. Im Gebiet des Vereinigten 7000 Mann
weniger als gestern, dagegen wird in Ghent eine kleine
Aushebung der Bewegung konstatiert. Im Lande von
Lüttich und im Zentrum von La Louviere werden keine
Abnahmen der Streikenden festgestellt. Im ganzen hielt
sich die Zahl der Streikenden ungefähr auf der Höhe
von gestern, da in Flandern teilweise eine kleine Zu-
nahme zu verzeichnen ist.

Frankreich. Durch einen Erlaß des Marine-
ministers ist der Artilleriebetrieb der Kriegsschiffe un-
gestört und insbesondere eine Abteilung für technische
Studien errichtet worden, welche die Pläne des künftigen
Schiffbauprogramms vorbereiten und die Verträge mit dem-
selben leiten sollen.

Wien. Die Reichsдума hat in geschlossener
Abendigung am Mittwoch folgende Gegenstände in
dritter Lesung angenommen: Die Festsetzung des Rekruten-
kontingents für 1913, die Anweisung von Geldmitteln
aus dem Etat für 1913 zur Beseitigung des Defizits
der Artillerie an Geräten und Material sowie zur
Beseitigung der Landesverteidigung, endlich
einen Ergänzungskredit für das Marineministerium,
um die Kosten für Antänten von Landminen zu decken.

England. Im Unterhause fragte Mr. Aldrich
am Donnerstag, ob die wichtigsten Werften, Arsenale
und Flottenstützpunkte Englands innerhalb des
Atlantischen Ozeans der Seepolen in Zukunft, die
von der deutschen Flotte kommen, lägen und ob die briti-
schen Flotten, Werften und Arsenale mit Verteidigungs-
mitteln gegen einen Angriff aus der
Zust verfahren seien. Der Admiral Lord Jellicoe
antwortete, daß die erste Frage bejahend, falls
die Verhältnisse günstig seien, und erwiderte auf die
zweite, man sei dabei, Verteidigungsmaßnahmen gegen
einen Angriff aus der Luft zu treffen.

Niederlande. Die Kammer beschloß, in die Beratung
über die Vorlage, betreffend die Küstenverteidi-
gung, noch vor dem Wahlen einzutreten. Der Sozialist
Schaep sprach dagegen. Minister Dr.
De Meester erklärte, die Regierung erachte die Ver-
besserung der Landesverteidigung für eine dringende
Pflicht. Der Liberale van der Meer machte geltend, daß
alle europäischen Staaten, besonders der Nachbarstaat im
Süden, die Verteidigungsmittel verstärken.

Spanien. Der Senat hat die Dotation von 100 000
Pesetas für den Prinzen Carol einstimmig genehmigt.

Marokko. Die französische Regierung hat die So-
zietäre Generale Marocaine“ damit beauftragt, die Kon-
fessionen der in Marokko wohnenden Franzosen zu be-
trachten und die geplante Bahnlinie Lan-
ger-Fez die französischen Interessen zu vertreten und
den französischen Anteil am Kapital zu sichern. Die
„Societäre Generale Marocaine“ wurde im vorigen Jahre
von einer Gruppe großer Pariser Banken gegründet, um
der Regierung bei der wirtschaftlichen Entwicklung und
Verwertung Marokkos behilflich zu sein.

Nordamerika. Die kalifornische Gesetzes-
vorlage über den Sanbofisch von Ausländern
bestimmt in ihrer jetzigen Form, daß kein Aus-
länder Land besitzen darf, welcher nicht seine Minder-
erhalt, das Staatsbürgerrecht zu erwerben. Die zweite
Kammer hat den Entwurf angenommen. — Der
Kaffeeertrag bleibt unbehelligt. Nach einer
Neuerhebung wird der Generalanwaltschaft die gegen den
japanischen Kaffeeertrag wegen des japanischen Im-
portationsplans auf Grund des Antitrustgesetzes ein-
gereichte Klage in einigen Tagen zurückzuziehen, da von
Brasilien aus einträgliche Zusicherungen gegeben wurden,
daß die in New York angekauften 900 000 Säcke Kaffee
bona fide verkauft werden könnten.

Japan. Nach amtlicher Mitteilung soll eine fünf-
prozentige Anleihe in Höhe von 77 Millionen Yen in
Paris ausgeben werden. 70 Millionen von diesem
Betrag sollen zur vollständigen Einlösung der Eisenbahn-
bonds verwendet werden.

China. Chinesische Militärberichte melden, daß 700
Chinesen, die bei einem Tempel außerhalb von Urgan in
der Nähe der sog. chinesisch-mongolischen Grenze lazierten,
von 2000 Mongolen in die Stadt geschleppt worden sind.

Deutschland.

Berlin, 18. April. Das Kaiserpaar und die
Prinzessin Viktoria Luise besuchten gestern mittag
von Homburg d. S. Höhe aus das Besichtigungshaus
in Falkenstein und besichtigten es eingehend. Vormittag
hörte der Kaiser den Vortrag des Vertreters des Aus-
wärtigen Amtes, Grafen v. Treutler. — Nach einer
konditionarischen Meldung wird der König und die Königin
von England am 22. Mai oder am 23. früh in Berlin
eintreffen, um an der Hochzeit des Prinzen Ernst August
von Cumberland mit der Prinzessin Viktoria Luise teil-
zunehmen. Am 23. Mai wird das englische Königspaar
nach Westfalen reisen, um der Großherzogin Augusta
einen Besuch abzustatten, und von dort direkt nach Wöl-
fingen, um mit der Königin „Albert und Viktoria“
nach England zurückzukehren.

(Im Bundesrat) wurden am Donnerstag den
zuständigen Ausschüssen überwiesen: Die Vorlage betr.
Ausführung der §§ 366, 367 des Versicherungsgesetzes
für Angestellte, der Entwurf einer Bekanntmachung betr.
Übergangsbestimmungen zur Reichsversicherungsgesetz-
gebung, die Vorlage betr. Änderung der Vorschriften über Be-
setzung der Seefischerprüfung mit Schiffsführern und
Maschinen, und der Entwurf von Bestimmungen für die
Vornahme einer Vorkontrollprüfung der Schiffe in
den Jahren 1913 und 1914. Über die Vorlage betr.
Verordnung über die Palast zum Meiningen und
Weichen wurde Beschluß gefaßt. Die Zustimmung erteilt
wurde dem Entwurf von Bestimmungen zur Änderung
der Vorschriften über die Strafregister, der Vereinigung
zwischen Deutschland und Ausland zum Schutz von
Werken der Literatur und Kunst und der Ergänzung des
Entwurfs des Hauspatentgesetzes für die Schutzgebiete auf
das Rechnungsjahr 1913.

(Graf Wedel aber die Erste reichs-
ländische Kammer.) Bei dem Statthalter von
Schlesien, Grafen v. Wedel, fand am
Mittwochabend ein Essen statt, zu dem neben den
Ministern und Vertretern der Presse die meisten Mit-
glieder der Ersten Kammer geladen waren. In seinem
Anspruch führte Graf Wedel aus: Die Erste Kammer
steht im zweiten Jahre ihrer legislativen Tätigkeit und
hat den Beweis erbracht, daß die vor dem Statthalter in
ihre Errichtung gestellten Hoffnungen durchaus berechtigt
waren. Wie die aus direkter Wahl hervorgegangene
Zweite Kammer den Wünschen der breiten Wähler-
schaft Ausdruck zu geben bestimmt ist, so ist es die
Aufgabe der Ersten Kammer, die sich aus hervor-
ragenden und verdienten Vertretern der Konfessionen,
der großen Gemeinwesen sowie der verschiedenen
Berufsstände und Erwerbszweige zusammensetzt
und daher weniger durch die wechselläufige Stimmung
der Zeit beeinflusst wird, die ihr unterbreiteten
Vorlagen unabhängig zu prüfen und zu erledigen. Diese
unabhängige Aufgabe der Ersten Kammer, die gerade in
unserer von Erregung noch öfter durchwühlten
Land eine erhöhte Bedeutung gewinnt, macht dieselbe zu
einem regulierenden Faktor und schafft die Gewähr, daß
Gegenstände die die Interessen des Landes und seine ruhige
Entwicklung befördern, ihre möglichste Ausgleichung
finden. Der Zweite Präsident der Ersten Kammer Dr.
Hoesfel erwiderte: Unser Volk erkennt die Erzeugnisse
aus, welche ihm die letzten Jahre gebracht haben;
auch unser Staat ist stolz darauf, daß er gekommen.
Den Ungebildigen werden wir zuzufügen, daß die Rechte
eines Volkes von der weisen und mäßigen Anwendung
des schon Erzeugenen abhängen.

(Der Parteitag der fortschrittlichen
Volkspartei für Groß-Berlin) tagte am Mit-
wochabend unter zahlreicher Beteiligung der Vertreter
der Parteivereine. Außerdem waren von Abgeordneten
anwesend die Herren Kopsch, Dr. Mugdan, Rosenow,
Kretling, Wächtermann, Fichtel, Dr. Klinge, Cassl und
Dr. Ehlers, ferner die Vertreter des Arbeitsausschusses
fortschrittlicher Frauen, Frau Dr. Wäcker, sowie die
Landtagskandidaten Zew, Kanow, Dr. Cauer und Erd-
mannsdorffer. Die Eröffnungswort in Dettow Beekow gab
dem Vorsitzenden Abg. Kopsch Veranlassung zu betonen,
daß bei den kommenden allgemeinen Wahlen organisatorische
Fehler vermieden werden müßten. Die Festlegung
der Kandidaten auf bestimmte Forderungen der Interessen-

gruppen solle vermieden werden, denn die Landtags-
kandidaten ständen auf dem Boden des allgemein bekannten
Programms der Partei. Bei der Neuwahl des Vorstandes
wurde Abg. Kopsch einstimmig zum ersten Vorsitzenden
wiedergewählt, anstelle des aus dem Vorstande aus-
scheidenden Abg. Kretling, dem herliche Worte des
Dankes für seine Tätigkeit erwidert wurden, wurde Abg.
Dr. Mugdan zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden
gewählt. Über die Beitragspflicht der Vereine referierte
Stadt. Loferer, der ausführt, daß für die Parteivereine
nach den Beschlüssen der obersten Parteifunktionen die
Pflicht bestehe, 10 Proz. der Einnahmen an die Zentralkasse
abzuführen. Den Vereinen soll empfohlen werden,
in ihre Satzungen die Unterstützungspflicht auch des
Berliner Parteisekretariats aufzunehmen. Über die for-
malen Vorschriften bei den Landtagswahlen gab Abg.
Dr. Mugdan ein ausführliches Referat, dem eine aus-
gezeichnete Debatte folgte. Abg. Kopsch schloß die Ver-
handlungen mit den Worten, daß die auf der Tagung
vorhandene lebhaft Teilnahme sich jetzt vor allen Dingen
auch bei den Landtagswahlen zeigen möge.

(Zur Seizuitenfrage.) Der katholische kon-
servative Landtagsabgeordnete Dr. Mangler hat eine
Rede im konservativen Verein zu Gemahnt gehalten, in
der er nach dem Sprichwort „eine Hand wäscht die
andere“ den Jesuiten und damit dem Zentrum außer-
ordentlich zum Wande rebete. Er behauptete, die
Seizuitenfrage sei eine rein katholische Angelegenheit, die
uns Protestanten gar nichts angehe; die ganze Seizuiten-
frage sei — künstliche Waage, und er, der Dr. Mangler,
finde keine Schuld an den Jesuiten. Für die konser-
vativen sei es eine katastrophische Pflicht, mit dem Zentrum
zusammenzugehen. — Diese Worte sehr offenkundig ge-
wird zwar von den Mitgliedern der konservativen Seizuiten-
abgeordnete, aber sie lenkt ab die konservativen Seizuiten.
(Aus den Kolonien.) Der Gouverneur
von Kamerun Ebermair wird nach einer telegra-
phischen Meldung von seiner großen Hinterlandreise vor-
ausichtlich Anfang Juni wieder an der Küste eintreffen.
— Nach den vorläufigen Feststellungen beträgt der Wert
des Außenhandels des Schutzgebietes Deutsch-
Südwestafrika im Kalenderjahr 1912 und 81,7 Millionen
Mark gegen 68,3 Millionen Mark im Jahre 1911, das
sind + 19 v. H. Der Wert der Einfuhr beträgt 50,2
Millionen Mark gegen 45,8 Millionen Mark (+ 9 v. H.),
der Wert der Ausfuhr 31,4 Millionen Mark gegen 22,4
Millionen Mark im Vorjahre (+ 40 v. H.).

(Eine Verordnung des Reichstags-
lers, betreffend die Bekämpfung von
Vergilberrechten in Deutsch-Südwest-
afrika) wird im „Deutschen Kolonialblatt“ veröffent-
licht. Südwestafrika ist das einzige Schutzgebiet, in dem
es bislang nicht gelungen ist, allgemein geltende Maß-
nahmen für die Entziehung von Vergilberrechten zu
schaffen. Das Hindernis, so schreibt die „Nordd. Allg.
Ztg.“, sind die Vergilberrechte einzelner großer Gesell-
schaften und in der tieferen Rechte bislang aus-
genutzt haben. Während eine Gesellschaft überhaupt
Vergilber- und Schieferrechte in ihrem Gebiet nicht ein-
gekauft hat, ist es bei anderen der Regierung zwar ge-
lungen, bei der Grundbesitzer der Vergilberrechte die
Vorbereitungen für die Entziehung eines Vergilber-
auf breitere Grundlage zu bestimmen, in dessen Fall der
Vergilber- und Schieferrechte jedoch erhebliche Einschrän-
kungen und Belastungen eingeleitet worden, das eine
praktische Wirkung auf die Abhebung des Vergilber-
ausgeblieben ist. Es liegt auf der Hand, daß die Bestim-
mung und Verleihung der Sonderrechte durch die Regie-
rung in der Erwartung steht, daß die Berechtigten
in im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung des
Schutzgebietes ausüben würden, nicht aber zu dem
Zweck, daß mit ihnen Spekulation getrieben und der
Vergilber geschindert werde. Die jetzige Verordnung will
diesem Zweck zuvorkommen, indem sie Vergilberrechte
entzieht, welche ihr Gebiet verfallen, zu einer mäßigen Steuer
durch ihre Spekulation in seiner Entwick-
lung behinderten Schutzgebietes heran-
zuführen. Die Verordnung verfolgt keinerlei fiskalische
Zwecke. Jeder Zinhaber von Vergilberrechten,
der wirtschaftliche Vergilber- und Schieferrechte
in seinem Sonderrechtsgebiet einführt, ist
von der Steuer befreit. Da außerdem keine be-
stehenden Rechte geschmälert werden, so der Verordnung
vielmehr ausdrücklich von der Befreiung aller Sonder-
berechtigten ausnimmt, die ein Recht auf Steuerbefreiung
besitzen, so werden berechnete Vergilber auch von Seiten
der Sonderberechtigten nicht erhoben werden können.

Vermischtes.

(An der Subjektiv der deutschen Städte
beim Regierungsjubiläum des Kaisers,) die
auf Anregung der Vorstandschäff der bayerischen Städte-
tagung von Deutschen Städte tag veranlaßt wird, be-
teiligen sich, wie aus München berichtet wird, sämt-
liche unmittelbaren Städte Bayerns. Der
Gesamtwert der von ihnen erteilten Stiftungen be-
trägt rund 1 600 000 M. Alle Stiftungen mit Aus-
nahme einer für eine Ziegenbibliothek und für Zwecke
der Krankenpflege dienen der Fürsorge für bedürftige
Bayerinnen. In der genannten Summe ist auch der
Wert der besonderen Stiftung der Stadt München
enthalten, die ihren Anteil an der Feind Wahrung dem
bayerischen Vorteam- und Kriegsbund zur Verfügung
gestellt hat.

(An der Subjektiv der deutschen Städte
beim Regierungsjubiläum des Kaisers,) die
auf Anregung der Vorstandschäff der bayerischen Städte-
tagung von Deutschen Städte tag veranlaßt wird, be-
teiligen sich, wie aus München berichtet wird, sämt-
liche unmittelbaren Städte Bayerns. Der
Gesamtwert der von ihnen erteilten Stiftungen be-
trägt rund 1 600 000 M. Alle Stiftungen mit Aus-
nahme einer für eine Ziegenbibliothek und für Zwecke
der Krankenpflege dienen der Fürsorge für bedürftige
Bayerinnen. In der genannten Summe ist auch der
Wert der besonderen Stiftung der Stadt München
enthalten, die ihren Anteil an der Feind Wahrung dem
bayerischen Vorteam- und Kriegsbund zur Verfügung
gestellt hat.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag
von H. Köhner in Meßberg.

Das muss man sehen

Riesige Warenmengen aller nur erdenklichen Schuhwaren für Herren, Damen und Kinder, braun und schwarz, sowie Halbschuhe, Sandalen, Segeltuchschuhe, Hausschuhe, Arbeitsschuhe, Schaffstiefel, Turnschuhe, Baby Schuhe usw. kommen von heute ab zu

aussergewöhnlich billigem Extra-Angebot zum Verkauf.

Wer dieses enorm günstige Kaufgelegenheit vorüber gehen lässt, schadet sich selbst! Der weiteste Weg lohnt sich!

<p>Ein Posten Kinder-Stiefel 170 Grösse 17-22 M.</p>	<p>Ein Posten RoBleder-Kinderstiefel 25-26 27-31 31-35 2,25 M. 2,95 M. 3,65 M.</p>	<p>Ein grosser Posten Cord - Pantoffeln 55 Pf. m. Linoleumsohle Gr. 36-42</p>	<p>Ein Posten Damen-Rossleder-Schuhe 550 Grösse 36-42 M.</p>
<p>Ein Posten Herren-Rindbox-Stiefel 490 Grösse 40-41 M.</p>	<p>Ein Posten echte Herren-Boxkalf - Schnürstiefel 750 Grösse 40-46 M.</p>	<p>Ein Posten imit. Damen-Chevreauxstiefel 490 mit Lackkappe Gr. 36-42 M.</p>	<p>Ein Posten braune Herrenstiefel 790 Grösse 40-46 M.</p>
<p>Eingross Posten braune Damen-Halbschuhe 625 Chevreaux mit Lackkappe, eleg. Form Gr. 36-42 M.</p>	<p>Ein grosser Posten Damen-Halbschuhe 490 imit. Chevreaux m. Lackkappen neuest. Façon Gr. 36-42 M.</p>	<p>Ein Posten braune Herrenstiefel 690 elegante Form Gr. 40-46 M.</p>	<p>Ein Posten Braune Damenstiefel 690 hochmoderne Form M.</p>
<p>Sandalen, Rindleder Gr. 22-24 25-26 27-30 31-35 36-40 41-46 1 95 2 10 2 30 2 60 3 10 3 50</p>	<p>Segeltuchschuhe Gr. 22 24 25 26 27 30 31-35 36-40 41 46 1 10 1 25 1 35 1 50 2 10 2 70</p>	<p>Turnschuhe mit Chromledersohle Gr. 22-24 25-26 27-30 31-35 36-40 41-46 0 75 0 85 0 95 1 15 1 25 1 50</p>	<p>Rindbox-Kinder-Stiefel Gr. 27-30 31-35 4 25 4 75</p>
<p>Ein Posten Arbeits-Stiefel 450 Schnür Zugu Schnalle M.</p>	<p>Ein grosser Posten Leder-Spangen-Schuhe 210 Gr. 36-42 M.</p>	<p>Ein Posten Baby-Schuhe 95 Pf. in allen Ausführungen</p>	<p>Ein Posten Braune Kinderstiefel echt Chevreaux m. u. o. Lackk. 18-22 23-26 27-30 31-35 m. Kell 2 10 3 50 4 50 5 50</p>

Gebrüder Goldmann, Merseburg, Kleine Ritterstrasse Nr. 12.

„Unbühbarer Marsprudel“ Startquelle (Hob Eisen-Wangan-Kobaltzinn) hat mir bei einem alten

Frauenleiden

u. chron. Blatnkatarth sehr wertvolle Dienste geleistet, die Schmerzen und Schäften völlig oerommen und eine wunderbare Räftigung der leidenden Teile bewirkt. Ich hätte einen solchen Erfolg nie für möglich gehalten, habe mich nie so wohl und gesund gefühlt, wie jetzt nach der Kur mit Ihrer Wunderquelle. Dieselbe wirkt vor allem glänzend auf die Tätigkeit der Nieren, reinigt das Blut und die Säfte. Seit ich Ihren Marsprudel trinke, bin ich auch völlig von meinen Menstruationsbeschwerden, die mich jahrelang in Jährlüchster Weise quälten, befreit. Frau H. W. Aral, warm empf. Kl. 65 W. bei H. Kupfer und W. Rieslich, Drogerien.

Lederhandlung Max Plaut
Kl. Ritterstr. 12.
Sohl- und Oberleder-Ausschnitt,
Schuhmacher-Bedarfs-Artikel,
Schäftelager.

Wänderungen zur
Polizeiverordnung betr. den Verkehr mit Mineralölen
hält vorrätig
Buchdruckerei Th. Höfner,
Merseburg.

Bettfedern
empfiehlt zu sehr billigen Preisen
B. Wendland, Domstrasse 1, 1. Etg.
Fahrrad-Reparaturen
führt fachgemäß aus
Oscar Baar, Entenplan 9.

Rheinperle
Margarine
ganz frisch vom Block
in allen Geschäften.
feinster
Molkereibutter
gleich

Überall erhältlich

GIPKENS

Jurgens & Prinzen G. m. b. H., Goch (Rhld.) **SOLO** in Carlton.
Fabrikanten der alibewährten Marke

MBrockmanns ZWERG-MARKE



Die Eigenschaft der „Zwerg-Marke“, die Verdauung zu beleben und jedes Futter schmackhaft zu machen, hat bei allen Masttieren eine gesteigerte Freiluft und schnelle Schlachtreife zur Folge. Der Versuch lehrt's! - Überall zu haben. Man verlange stets „Zwerg-Marke“ und hüte sich vor Fälschungen. Gilt nur in Packungen mit nebenstehender Schutzmarke.

Der echte Nährsalz-Futterkalk (mit Drogen)

Zu Fabrikpreisen zu haben bei: Sm. Emanuel, Gotthardt-Drog., Götthardtstrasse 31; Rich. Kupper, Zentral-Drogerie, Markt 10; Reinhold Riehe, Drogen; Carl Eckardt, Materialwaren; Paul Göhlig, Materialwaren.

Drechslerel
- mit elektrischem Betrieb, - Merseburg, Markt 11.
Alle Arten Drehereien für Bau und Möbel usw. werden schnell u. billigt ausgeführt. Reparaturen an Schirmen, Stöcken usw.

H. Hammer, Drechslermeister.

Nähmaschinen
Reparaturen führt fachgemäß aus J. Baar, Merseburg, Markt 8

Stiergen 2 Beilagen.

Erste Beilage.

Ueber das Thema „Reichsstaats- und Sozialreform“

bringt Prof. Dr. Franke, der verdienstvolle Sozialpolitiker, in der neuen Nummer der „Sozialen Praxis“ einen gedankensreichen Artikel. Er bekennt sich ebenso zu starker Wehrmacht, wie zu weitgehender Sozialreform. Er verkennt nicht, daß durch die verstärkte Ausbeutung eine neue Lücke in die einheimische Arbeiterkraft gefüllt werden muß und so die Gefahr wächst, daß die Flut der Auswanderer in Industrie und Landwirtschaft noch zunehmen. Dieser Mangel an Arbeitskräften muß durch die Erziehung der Jugend, durch Umwandlung der Moore und Sümpfen, sowie durch Steigerung der Bodenproduktive beseitigt werden!

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 17. April.) Im Reichstag wurde am Donnerstag zwei Abgeordneten der Rechten das Mandat aberkannt, den Abg. Viemeyer (Wirtsch. Bg.) und v. Kröcher (k.). Die Rechten verlangten nach dem letzten Augenblick, das Geschäft über den Reichstag zu übertragen. Gegen v. Kröcher beantragte die Ablehnung der Wahlprüfungen von der Tagesordnung. Der Antrag wurde aber nach kurzer Aussprache abgelehnt. Bei der Wahl des Abg. Viemeyer (Wirtsch. Bg.), der in Wehrmacht gegen den fortschrittlichen Kandidaten Kuffel gezeichnet wurde, wurde die Wahlprüfung beantragt. Von der fortschrittlichen Volkspartei wurde aber wegen großer Verluste bei der Wahlprüfung die sofortige Ungültigkeitserklärung beantragt und der vom Abg. Dr. E. Mann - Sofer beantragte Antrag fand auch die erforderliche Unterstützung. Nach längerer, lebhafter Debatte, in der sich auch die Rechten des Beintrags gegen den Antrag der Volkspartei ausdrückten, wurde dieser angenommen und das Mandat des Abg. Viemeyer für ungültig erklärt. Bei der Prüfung der Wahl des Abg. von Kröcher, der im Kreise Sozialvolk-Gelehrten in der Stichwahl mit geringer Mehrheit über den national-

liberalen Bauernbündler Dr. Böhm gezeig hat, beantragte schon die Wahlprüfungskommission die Ungültigkeitserklärung und dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen, obwohl noch beantragt worden war. — Vorher war die Abstimmung über die sozialdemokratische Resolution auf Einführung der Verhältnisse v. a. h. l., die am Mittwoch wegen Beschlunfähigkeit des Hauses nicht zustande kam, wiederholt worden. Der Ausschuss ergab die Ablehnung der Resolution mit einer Stimme Mehrheit. Der Reichstag wandte sich dann der zweiten Lesung des Militärgesetzes zu. Die Debatte eröffnete Abg. Schöpplin (Soz.) mit einer langen Rede, in der er alle die schon in der Budgetkommission vorgebrachten Beschwerden gegen die Militärverwaltung wiederholte. Er wandte sich besonders gegen die Beschlunfähigkeit hinsichtlich der Einjährigen aus konfessionellen Gründen. Dann brachte er ein langes Register von Soldatenmishandlungen zur Sprache. Abg. Laß (Soz.) nahm zunächst seinen Parteifreund Dr. Müller-Meinigen gegen die Angriffe der konfessionellen Presse in Schutz, die fälschlich behauptet habe, Dr. Müller hätte das Unteroffizierskorps angegriffen. Er, Meiner, wendete sich dann nachdrücklich gegen die Soldaten-Statistik annehmen, um festzustellen, ob die Soldatenmishandlungen zu oder abgenommen haben. Er ging auf den bekannten Prozeß des Reserveoffiziers Amtsrichter Knittel in Pöndin ein, um das eigenartige Verfahren der Militärbehörde in diesem Falle zu kennzeichnen. Die Militärbehörde möge sich das Recht an, das politische Verhalten der Offiziere in ihrem persönlichen Leben zu kontrollieren. Weiter bekämpfte er den wirtschaftlichen Posten, den die Militärverwaltung vielfach verdrängt, und forderte, daß die fälschlich ihren persönlichen Abnutzen aus eigener Tasche zahlen. Ungehört vertritt er den Antimilitarismus in der Armee, der besonders jetzt, da der letzte Mann ins Meer eingestellt werde, vollkommen heillos sei. Demgegenüber erklärte Kriegsminister v. Hertling, daß den Reserveoffiziere eine Betätigung innerhalb der Staatsverhältnisse eine gewisse, eine Wirksamkeit zugunsten der Sozialdemokratie aber nicht gebüht werden könne. Auf den Fall des Amtsrichters Knittel ging er nicht näher ein, er erklärte nur, daß die Überführung eines Reserveoffiziers zur Gendarmerie als Disziplinarregelung angesehen werden könne. Der Beschluß der Budgetkommission, die Zahl der förmlichen Abnutzen zu verringern, erklärte er für unbillig, da die deutschen Familien ohnehin auf zahlreiche Rechte verdrängt hätten. Von einem Vorkriegszeit bei der Regelung der Offiziersstellen könne keine Rede sein. Allerdings, wer Führer der Mannschaften sein wolle, dürfe nicht unmittelbar aus den untersten Schichten des Volkes herorkommen. Es sei durchaus nicht richtig, daß man allgemein Sanitäts-offiziere in der Armee über die Ächtung anziehe. Billigste aber die sofortige Verurteilung der Soldatenmishandlungen durch dieses Haus gebe seine Berechtigung der Verhandlungen in der Debatte noch hinaus. Die Gesamtheit der Verhandlungen sei erfreulicher Weise im Abnehmen begriffen. Der Kriegsminister schloß mit der Bemerkung, die förmliche Verurteilung in der Reichsliste vor dem Anstand zu weichen, das sei im Interesse des deutschen Vaterlandes. Der förmliche Generalkriegsminister v. Weichardt stellte auch für Sachden einen Rückgang der Soldatenmishandlungen fest. Abg. Rospied (Soz.) führte Klage über den wirtschaftlichen Posten gegen Polen, Abg. Mann (Wirtsch. Bg.) empfahl eine

Resolution, welche Mittel für eine Freifahrt beurlaubter Soldaten in ihre Heimat und zurück, sowie post- und bestellungsfreie Beförderung der Soldatenposten, bis an 3 Kilogramm verlangte. Der wurde die Weiterberatung auf Freitag 1 Ubr vertagt. Ein Antrag auf Schluß der Debatte, für d. aber konfessionelle Abg. Graf Weizsäcker die Unterfertigung im Hause gesammelt hatte, kam nicht zur Abstimmung.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 17. April.) Im Abgeordnetenhaus wurde am Donnerstag zunächst der Kultusetat in dritter Lesung verabschiedet. Abg. Dr. Kunze (Soz.) wandte sich gegen die Veranlassung, die das Kultusministerium auf den verschiedenen Seiten der positiven Richtung in der evangelischen Kirche, Anteil werden läßt, sprach für eine Trennung zwischen Kirche und Schule und für die Beilegung des Unrechts, das nach vor gegenwärtig den Dissidenten in der Provinz, das Reichsgericht und Oberverwaltungsgericht an denen er vorwarf, daß sie einseitige Urteile gegen die sozialdemokratische Jugendbewegung gefällt hätten. Neben Gerichten entlassen in den Abg. Dr. v. Woyyna (k.) und Dr. v. Campe (nl.) temperamentoelle Verteiliger. Den Welt der Debatte füllte eine Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Dr. Metzner (nl.) und fortschrittlichen Abgeordneten Dr. Koch aus, die sich um eine von Dr. Koch behauptete imparitätliche Befragung der Oberlehrer drehte und die durch den üblichen Schlußantrag des Abg. v. Pappe beim beendete wurde. Das Zentrum selbst stimmte für den Schlußantrag und das Reichsgericht wurde deshalb scharf angegriffen. Der Schlußantrag machte es u. a. dem fortschrittlichen Abgeordneten Dr. Schupp, Hoff und Ernst unmöglich, die Angriffe des Dr. Koch auf den Deutschen Lehrerverein zurückzuweisen. Diese Zurückweisung war bereits in der zweiten Lesung durch einen nur mit der Mehrheit ungenügend gemacht worden. Denn am der Eisenbahnstatistik an der Reihe, bei dem Abg. Dr. Kunze (Soz.) sich einer Reihe von Arbeiter- und Beamtenkategorien annahm. Der Vortrat gab dem Abg. Hippmann (Soz.) Veranlassung, über die immer hinausgehobene Eröffnung des Großschiffahrtsweges Ministerialrat konnte ihm keine bestimmte Antwort geben werden. Die Absicht, die dritte Lesung des Etats zu Ende zu führen, stellte sich nach siebenstündiger Dauer der Sitzung als unmöglich heraus, und so wurden vom Stat des Ministeriums des Innern nur die geringfügigeren Angelegenheiten und unwichtige Nachträge aus der zweiten Lesung erledigt.

Provinz und Umgegend.

† Weizsäcker, 18 April. An das hiesige Bureau ist an Stelle des nach Naumburg kommenden Oberleutnants Pfaffinger der Kandidat des höheren Lehramts Dr. Hagenbrant berufen worden.
† Zeiß, 18. April. Ein bedauerlicher Unfall trug sich an einer elektrischen Drehrolle in Trebnitz zu. Der 7jährige Schulknabe Hermann Garweg kroch unter und hinter die Rolle, angeblich um das Räderwerk zu studieren. In dem Augenblick, als

Nachbarskinder.

Roman von H. v. L. Lenden.

(82. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)
„Sie meinen es gut, lieber Stephan, aber seien Sie doch gerecht! Edmund darf nicht für sich! Ich bedaure meine Familienangelegenheiten, ich bin auch vielleicht nicht arg genug genug für ihn, aber Sie denken, daß ich mich besser gefallen würde, wenn ich einen ihm fähigen Mann auszuheben verusche? Nein, — und dann — Edmund ist nicht zu beeinflussen, gar nicht, wenigstens nicht durch mich. Aber die Schuld liegt wohl nicht hauptsächlich an mir. Dieser schöne, elegante Mann, daß er mich überhaupt gewohnt, mich so lieb gewonnen hat, um mich zu heiraten, er, dem die schönsten Mädchen gern die Hand gereicht hätten! Dieser Glaube an seine Liebe läßt mich nicht leichter ertragen, was anderen sehr schwer er scheint. Ich denke nicht an mich, ich will nur ihn glücklich leben, und“ sagte sie errotend hinzu, „ich bin ja auch glücklich, sehr glücklich.“
Wäsmers stieß mit einer fast bestigen Bewegung den Kopf zurück, auf dem er gefesselt hatte, stand auf und durchdrang mit bestigen Schritten das Gemach. Dorothée sah erlauth, fast erschrocken zu ihm auf.
„Sie sind ein Engel an Güte und Liebe, Frau Dorothée,“ sagte Wäsmers, „bisherlich vor ihr stehen bleibend und ihre beiden Hände mit warmem Druck in die seinen nehmend. Sie sah lächelnd zu ihm auf mit der Unbefangenheit eines reinen, unberührten Gemütes.
„Derr Doktor, Sie überhähen mich,“ sagte sie, das seine Wärdigen hand. „Sagen Sie sich wieder und trinken Sie noch eine Tasse Tee.“
Die Uhr schlug zehn. Wie rasch ihnen die Zeit vergangen war, ihre Blicke trafen sich, übertraut und ein klein wenig enttäuscht.
„Edmund scheint sein Verbrechen nicht halten zu können,“ sagte Stephan.
„Warten Sie noch ein Viertelstündchen,“ bat Dorothée, „so auf die Minute eilt es doch nicht bei uns drei Nachbarskinder.“
Er blieb und sie verplauderten noch ein halbes Stündchen. Dann brach Wäsmers auf; er küßte Dorothée die Hand, und sie hielt ein Büchlein auf seinen Lippen fest, bis er gegangen war. Dann legte sie die Hände über das Gesicht, und heiß Tränen tropften durch die Finger in ihren Schoß. Warum war er nicht wiedergekommen, warum nicht. Und was sollte sie tun, ihn zu halten, wie ihn beglücken?

Seit diesem Tage hörten die Bes- und Statende allmählich auf, Edmund war anderweitig in Anspruch genommen. Natürlich sah auch Wäsmers nicht mehr regelmäßig und schließlich nur noch zum Aufsuchen und Dorothée sehen war wieder um einen guten Teil Sonnenlichte ärmer; sie hatte ihren Gatten fast keinen Abend bei sich.
„So wurde es noch und nach Frühling. Die Sonne schien durch Stadt und Land. Schneeflocken, Weichen, Weidenzweige wurden an dem Schneeflocken festgehalten. In einem solchen freundlichen, sonnigen Tage war es, da sah Leberecht Wäsmers auf einen Drehschiff im Kontor, ein erhelltes, bestimmtes Gesicht; aber das Gesicht sah auch frant und lebend aus; es war, als hätte der Groom tiefen Schaden und seinen hinein, gezeichnet.
„Derr Kamp hat ein, auch ihn hatten die letzten Monats tag verändert. Frohheit, Augenlust, alles war aus seinen Zügen verschwunden; mit dem Tode der vergrüßerten Frau hatte das Leben Reiz und Wert für ihn verloren. Seit Wochen hatte er sich nicht um das Geschäft gekümmert, und Wäsmers, der frant geworden war, hatte geteilt erl seine Tätigkeit wieder aufgenommen.
„Wie geht es, lieber Wäsmers,“ fragte der junge Ober, an das Bild des Alten herantretend; sein Bild war etwas unfröhlich, sein ganzes Auftreten etwas verlegen; er fürchtete die grauen Augen, und jetzt hoben sie sich und sahen ihn an, ernst, machend, vorwurfsvoll.
„Wie soll es gehen, Herr Bestamp, dankte Herr. Man hat sich eben nochmals wieder entzweit, das ist auch Hebenische,“ entgegnete Wäsmers. „Aber hier, Herr Bestamp,“ er schlug mit dem Sandrißen auf die vor ihm liegenden Blätter, „hier scheint es mir, ist vieles nicht, wie es sein sollte, und ob mir uns auch wieder aufreden werden. Herr Bestamp die schmalen Schultern hoch. Die Bergwerks-Aktionen sind nicht, ist eine gefährliche und, ich fürchte, verheißt Spekulation.“
Georg Bestamp bis sich auf die Lippen und schweig. „Man muß auch mal riskieren,“ sagte er endlich, den rothblonden Schurrebart streichend und zur Dede hinaufsehend. Die grauen Augen gerieten ihm gar zu sehr.
„Anderes Firma ist ohne solche unfröhliche,“ schloß er angediehen und reich geworden, beharrte der Alte, „und gleich mit solchen tollstollen Summen sich zu engagieren!“
„Sie leben Gelpelner, Wäsmers,“ er wird alles auf gehen,“ meinte der Andere, nervöse Unruhe in der Stimme. Die gefürchteten Lippen haben mit einem eigenartigen Blick, die die Hand auf den Ober.
„Das glauben Sie selbst,“ sagte er ruhig mit einem leinen lachselnden Büchlein um die schmalen, bartlosen Lippen.

„Aber natürlich glaube ich es,“ rief Bestamp mit gewohnter Lebhaftigkeit, „würde ich denn sonst mein Privatkonto heute noch mit 35 000 Gulden extra belasten?“
„Fünftausenddreißigtausend Gulden?“ wiederholte er, „ja, Herr Bestamp, wie ich den das möglich ist, ist es ganz unerwartet und extra, und wann wollen Sie das Geld haben?“
„Ich muß es morgen mittag haben unter allen Umständen,“ seine Stimme ästerte, er war blaß und fand noch immer nicht den Mut, den alten, treuen Berater anzusprechen, der sich ein paar Mal mit der bürren Fäden über das kalte, erdige, trümmere Gesicht und blühte dann still vor sich nieder. Bisherlich glitt er von dem Drehschiff herab, und dicht an Bestamp herantretend, legte er die Hand auf seinen Arm.
„Derr Bestamp, nehmen Sie es einem alten Mann nicht übel, wenn er ein paar offene Worte mit Ihnen redet. Sagen Sie, ich kenne Sie ja von der Zeit an, als Sie noch im Kräfteleichen bei Ihrer Mutter auf dem Schoß lagen, und ich bin in Ihrer Firma beinahe fünfzig Jahre tätig. Herr Bestamp, der Herr vergaß. Sie leben zu flott. Sie kümmern sich zu wenig um Geschäft. Ihre Frau hat zu viel gebraucht, und das Schlimmste — von allen, Herr Bestamp — ist das Spiel.“
Der Angeredete suchte zusammen und wies einen Schritt zurück.
„Wäsmers — Sie — täuschen sich, ich spiele wohl, ja — aber —“
„Lassen Sie das, Aber,“ Herr Bestamp, ich weiß es besser. Das Spiel ist Ihnen zur Leidenschaft geworden, und das ist schlimm, sehr schlimm und verhängnisvoll, ich den, der Sie dazu gebracht hat. Der vornehme, elegante Herr Schwager —“
„Der ist nicht schuld, Wäsmers, der allein nicht — gewiß nicht —“ verteidigte ihn Bestamp.
„Nicht? na, wer denn? ich kenne den Herrn zur Genüge; Sie haben sich für Ihre Frau und für ihn ruiniert.“
Bestamp fuhr auf: „Lassen Sie meine Frau aus der Sache,“ rief er ungeduldig, „ich ist tot, ich habe sie unbeschreiblich geliebt, und aus Liebe zu ihr werde ich auch Kaputt nicht im Grunde fallen. Wo — das Geld muß da sein,“ sagte er unüberlegt hinzu. (Fortsetzung folgt.)

Delikatess-
Zafelblumen,
 1/2 Früchte ohne Stein,
 2 Pfd. - Dose nur 65 Pf.
Butter-Zentral-Halle,
 Tel. 469, Entenplan 8.

Verkaufe heute Sonnabend
Schweinefleisch, Schmeer,
fettes Fleisch
 und fr. frische Würst.
 Demmer Straße 30.

A. Knoche, Weissenfasser Str. 27
 Mitglied des Rab.-Spar-Vereins.
 Officiere feinstes Fleisch- und Wurst-
 waren, Wurst- und Kochfleisch
 aller Art in vorzüglichst. Qualität.
 NB. Schweinefleisch und frische
 Wurst von heute ab billiger.

Achtung! Empfehle frisches
Rosfleisch,
 Lende, Leber, Gewiegenes,
 fr. Anachwurst und abends
 warme Würstchen.

W. Raundorf, Ziefer Keller
 Nr. 1.
Achtung! Empfehle Fleisch,
 Wurst, Gauer-
 braten, Freitag und Sonnabend
 fr. Wärme.
 Kochschlächterelei Delgrube 5.

Prima Kochfleisch,
 extra feine Ware, empfiehlt
Arthur Hoffmann,
 Kochschlächterelei,
 Dd. Breite Str. 4. Telefon 264
 Heute Freitag, morg. Sonnabend

frische **19** Pf
 Seefische, Bund nur

Butter-Zentral-Halle,
 Telefon 469, Entenplan 8.

Möbel- u. Warenhaus
Carl Klingler
 empfiehlt:
 Auf Kredit
Möbel u. Polsterwaren
 — Komplett-Einrichtungen —
 Farbige Küchen
 Schlafzimmer
 Grosse
 Auswahl.
 Auf Kredit
 Kinderwagen, Sportwagen
 Federbetten, Steppdecken
 Teppiche, Gardinen
 Porzellan
 Stores
 Auf Kredit
 Herren- u. Knaben-Bekleidung
 Damen-Garderobe
 Mäntel, Blusen, Röcke
 Manufakturwaren
 Kleiderstoffe
 Wäsche
 Auf Kredit
Kredit-Haus
Carl
Klingler,
 Halle a. S.,
 Leipzigerstrasse 11,
 I., II., III. Etage,
 — Eingang Sandberg. —
 Kein Laden.

Skat-Formulare
 hält vorrätig
Buchdruckerei Th. Kössner,
 Merseburg, Delgrube 9.

Frühjahrs-Neuheiten

in
 Herren- u. Knaben-Konfektion,
 Wasch-Anzügen, Strohhüten,
 farbigen Westen, Oberhemden,
 Cravatten etc.

zu bekannt billigsten Preisen.

Otto Dobkowitz, Merseburg,
 Entenplan 9.

Kolossale Vorteile

bietet der

Total-Ausverkauf

im

Schuhwarenhaus J. Jacobowitz
 Merseburg, nur Entenplan 9.

Schaufenster-Gestelle sowie Laden-Einrichtung stehen
 billig zum Verkauf.

Extra billiger Verkauf

von

Backfisch- u. Damenpaletots

Serie I 5⁰⁰ Serie II 6⁵⁰ Serie III 8⁵⁰ Serie IV 12⁰⁰

H. Taitza, Neumarkt.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Cinophon - Theater
 Gr. Ritterstr. 1.

Programm vom Sonnabend
 bis Dienstag.

Königin Luise.
 2. Teil.

Aus Brenhens schwerer Zeit.
 Historisch-vaterländisch Gemälde.
 Auch für Kinder freigegeben.

Sonnabend von 5 Uhr und
 Sonntag von 3 Uhr an

Jugendvorkellungen.

In beiden Vorkellungen
 „Königin Luise“.

Außerdem das übrige Programm.

Schlachtepferde!

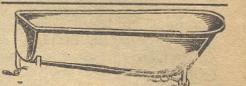
kauf zu hohen Preisen
W. Raundorf, Ziefer Keller 1.

Alle Sorten
Felle und Häute

kauf zu höchsten Preisen
Karl Winger, Sand 24.
 Telefon 888.

Ausgekämmtes Haar
 kauft fortw. Gosthardstr. 32.

Ganze oder Telle künstl. Gebisse kauft
 zu ihrem ganzen Materialwert nur
 Sonnabend den 19 April von 2^{1/2} bis
 7^{1/2} Uhr hier, Hotel „Halber Mond“,
 I. Et., Zimmer No. 1
 die **Gustav Horn, Cdn., 1894.**
 Irreführende Preisgebote inserieren
 wir nicht



Alle Sorten
Badewannen,
Bade-Einrichtungen
 empfiehlt
Hermann Müller,
 Klempnermstr., Schmale Str. 19.

Der W.-K.-V. Jungdeutschland
 in Merseburg.

Hebung am Sonntag den
 20. d. M.

Sammeln: 10 Uhr vorm. am
 Kriegerdenkmal vor dem Gost-
 hardtstr.

Allgem. Turnverein.

Sonntag den
 20. April nach-
 mittag u. abend
Tänzen
 im Neuen
 Schützenhaus.
 Der Vorstand.

Schkopar.

Gasthof zum Raben.
 Sonntag den 20. April zur Gaal-
 einweihung d. neuen Partettsaales

:: Tanzvergnügen ::
 wozu freundlichst einladet
 S. Gehband.

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Abholung von unten Briefkasten bei Befragung ins Haus durch unsere Mitarbeiter in
der Stadt und auf dem Lande außerdem Postlohn; durch die Post 120 Mk außer 42 Pf.
Beleggeld. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal um den Mittelnachmittag.
— Nachdruck anderer Originalarbeiten ist nur mit schriftlicher Genehmigung gestattet.
— Die Rückgabe unersandter Einlieferungen übernehmen wir keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8 seitig. illustr. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4seit. landwirtsch. u. handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Beilagen oder deren Raum für 10 Zeilen und 10
Zeilenlang 10 Pf. fünfsp. Anzeigen 20 Pf., ansonstige pro Zeile
20 Pf. im Refektorium 40 Pf. Bei langwierigen und andauernden Anzeigen
Gebühr für Uebersetzungen nach Vereinbarung. Für Nachstellungen und Offertenanfragen
bestehende Berechnung, nach auswärts mit Portozuschlag. Erfüllungsort Merseburg.
— Anzeigen für andere Zeitungen werden nur am Tage vorher, frühestens
Wochenende die letzteren 9 Uhr, Samstagsmorgen bis 10 Uhr vormittags, und

Nr. 91.

Gonnabend den 19. April 1913.

39. Jahrg.

Zur Handwerkerfrage.

Man kann ja sagen, daß die Zünftler, die im großen Befähigungsnachweis in sämtlichen Zwangsinstitutionen für das Handwerk die Möglichkeit erblickt, den „goldenen Boden“ wiederzugewinnen, stark ins Hintertreffen gerückt ist. Die liberale Auffassung, die in der Erwerbung positiver Kenntnisse, der Ausbildung des Nachwuchses, der Beschaffung technischer Hilfsmittel und billigen Kredits das Ziel für das Handwerk erblickt, hat sich, gestützt auf gute Erfahrungen, immer mehr Bahn gebrochen. Liberale Handwerkermeister, die in die Parlamente gelangt wurden, haben dort durch ihre Fach- und Sachkenntnis erheblich mit dazu beigetragen, den mittelalterlichen Zustand aus den Köpfen hinauszujagen. Man darf sagen, daß die liberale Handwerkerpolitik trotz aller reaktionären Widerstände auf dem Marsch ist und nicht mehr aufgehalten werden kann.

Sehr beherzigenswerte Ansichten äußerte kürzlich wiederum ein Handwerker, der dem bayerischen Abgeordnetenhaus angehörte: Badermeister Schreyer in der Münchener „Bayerischen Landtagskorrespondenz“ über die Frage der Innungen und des Befähigungsnachweises. Er sieht in der positiven Förderung des Handwerks den wahren Fortschritt für das Land und äußert sich abipredend über den Befähigungsnachweis. Seine Ausführungen hierüber sind ganz besonders treffend. Wir geben sie im Auszuge wieder. Schreyer sagt:

Schwer hat man sich im Handwerk über den Wert und Ehren zu verlieren, zur Sicherung ihres Bestandes und ihrer Stellung nicht auch nach ihnen, doch meist recht leistungsfähigen Kräften beitragen wollten. Zeigen muß sich allerdings erst, ob letzteres wirklich die Absicht ist, ob sie den geltend gemachten Prozentsatz oder einen in ihrem Verleben stehenden freiwilligen Beitrag zahlen wollen. Bisher waren sie, wie vom Militärdienst, so auch von Steuerzahlung befreit. Letzteren leisteten sie trotzdem meist freiwillig, letztere dagegen nicht.

Diese Steuerfreiheit ist noch ein Überbleibsel aus der Zeit des Absolutismus. Zu einer Zeit, wo der Großhändler Ludwig XIV. der Staat bin ich, zwar nicht immer angesprochen wurde, aber doch tatsächliche Geltung hatte, wäre Besteuerung des Landesherren ein Widerspruch gewesen. Alle Einnahmen des Landes flossen in seine Tasche, und aus ihr hatte er deswegen auch alle Bedürfnisse des Landes zu befriedigen. Was er ersparte, gehörte ihm, langte es nicht, mußte er aus seiner Tasche zuschießen, was allerdings wohl kaum je vorgekommen sein wird. Ihn besteuern, hätte daher geheißen: ihn veranlassen, etwas aus der linken Hosentasche zu nehmen und in die rechte zu tun. Jetzt ist das anders. Der Fürst erhält seine Privilegien, wie jeder Beamte sein Gehalt, es wird von ihm nicht mehr verlangt, persönliche Opfer für das Land zu bringen. Da wäre es doch nur vernünftig, wenn das überlebte und sinnlos gewordene Prinzip der Steuerfreiheit fielen. Und gerade in unserer Zeit, wo von sozialdemokratischer Seite das Märchen von der Bevorzugung der oberen Klassen so eifrig verbreitet wird und so viel Glauben findet, sollten die Fürsten um der Stellung zu ihrem Volke willen sich überlegen, ob sie nicht freiwillig auf ihre Ausnahmestellung verzichten. Was sie an Geld einbüßen, würden sie an Einfluß und Wohl gewinnen. Zum allermindesten aber sollten sie die Einnahmen aus ihrem Privatvermögen versteuern. Eine Aufhebung ihres Privilegs erzielte man so unbedeutlicher, als durch das Gesetz vom 21. Juni 1891 schon die Häupter und Mitglieder der Familien vormals unmittelbarer Reichsstände — allerdings gegen Entschädigung — zur Steuer herangezogen worden sind. Wie wir hören, wird die fortschrittliche Volkspartei die bei Beratung des Wehrgesetzes sich bietende Gelegenheit benutzen, um einen dahin zielenden Antrag einzubringen.

tun wir es, weil wir nicht wertvolle Kräfte des Handwerks brach liegen lassen wollen oder im Kampfe um ein Ideal sich aufreiben zu lassen wünschen, das mit den Worten der Hamburger Handwerkermeister „wahrscheinlich geradezu ein Unglück für den deutschen Handwerkerstand“ werden würde.

Schreyer bekennt nochmals die Wertprüfungen als Ansporn zur Etablierung von Berufsbildung, Wissen und technischem Können; er ist in ihnen, wieder etwas vom Korbesitz und dem tiefgründigen Formenreichtum des alten Handwerks. Das Handwerk beginnt in erster, mühevoller Arbeit das Bekannte nachzuholen, und wenn sich diese Bestrebungen in der Richtung einer moderneren, freierhaltigeren Auffassung von Wissen der heutigen Verhältnisse bewegt, so werde mehr erreicht als mit dem Viehägeln nach einem nicht mehr möglichen Zünftlerum. — Diesen Ausführungen des liberalen Handwerker-Abgeordneten wird man ohne weiteres und gern zustimmen können.

Steuerfreiheit.

In dem Entwurf über die Kostenänderung der neuen Wehrvorlage ist auch erwähnt worden, daß die Landesfürsten sich an den einmaligen Wehrsteuer beteiligen würden. Wir freuen uns, daß sie bei dieser Gelegenheit auf ihr Vorrecht der Steuerfreiheit verzichteten. Es wäre auch in der Tat sonderbar, wenn sie, die in dringender Gefahr stehen, im Falle eines unglücklichen Krieges Sold und Lohn zu verlieren, zur Sicherung ihres Bestandes und ihrer Stellung nicht auch nach ihnen, doch meist recht leistungsfähigen Kräften beitragen wollten. Zeigen muß sich allerdings erst, ob letzteres wirklich die Absicht ist, ob sie den geltend gemachten Prozentsatz oder einen in ihrem Verleben stehenden freiwilligen Beitrag zahlen wollen. Bisher waren sie, wie vom Militärdienst, so auch von Steuerzahlung befreit. Letzteren leisteten sie trotzdem meist freiwillig, letztere dagegen nicht.

Diese Steuerfreiheit ist noch ein Überbleibsel aus der Zeit des Absolutismus. Zu einer Zeit, wo der Großhändler Ludwig XIV. der Staat bin ich, zwar nicht immer angesprochen wurde, aber doch tatsächliche Geltung hatte, wäre Besteuerung des Landesherren ein Widerspruch gewesen. Alle Einnahmen des Landes flossen in seine Tasche, und aus ihr hatte er deswegen auch alle Bedürfnisse des Landes zu befriedigen. Was er ersparte, gehörte ihm, langte es nicht, mußte er aus seiner Tasche zuschießen, was allerdings wohl kaum je vorgekommen sein wird. Ihn besteuern, hätte daher geheißen: ihn veranlassen, etwas aus der linken Hosentasche zu nehmen und in die rechte zu tun. Jetzt ist das anders. Der Fürst erhält seine Privilegien, wie jeder Beamte sein Gehalt, es wird von ihm nicht mehr verlangt, persönliche Opfer für das Land zu bringen. Da wäre es doch nur vernünftig, wenn das überlebte und sinnlos gewordene Prinzip der Steuerfreiheit fielen. Und gerade in unserer Zeit, wo von sozialdemokratischer Seite das Märchen von der Bevorzugung der oberen Klassen so eifrig verbreitet wird und so viel Glauben findet, sollten die Fürsten um der Stellung zu ihrem Volke willen sich überlegen, ob sie nicht freiwillig auf ihre Ausnahmestellung verzichten. Was sie an Geld einbüßen, würden sie an Einfluß und Wohl gewinnen. Zum allermindesten aber sollten sie die Einnahmen aus ihrem Privatvermögen versteuern. Eine Aufhebung ihres Privilegs erzielte man so unbedeutlicher, als durch das Gesetz vom 21. Juni 1891 schon die Häupter und Mitglieder der Familien vormals unmittelbarer Reichsstände — allerdings gegen Entschädigung — zur Steuer herangezogen worden sind. Wie wir hören, wird die fortschrittliche Volkspartei die bei Beratung des Wehrgesetzes sich bietende Gelegenheit benutzen, um einen dahin zielenden Antrag einzubringen.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag hat sich am Donnerstag in seiner Wehrzeit von den beschäftigten Quertreibern der Konservativen nicht beeinflussen lassen, sondern die für den Schmittler reifen Mandate des Antisemiten Vietmeyer und des konservativen Herrn von

Kröcher für ungültig erklärt. In beiden Fällen lag nach rechtlichen Gesichtspunkten die Situation sehr klar. Im Fall Vietmeyer mußte, entgegen dem Kommissionsbeschlusse, der nur auf Bewässerung gerichtet hatte, die Ungültigkeitserklärung erfolgen, weil einige Antisemiten die Mittelung des Wahlkommissars, daß der fortschrittliche Redakteur Aufstiegssteiglich mit seinem antijewischen Gegenkandidaten in der Stichwahl stehe, bei ihrer Bestimmung willkürlich in die Beziehung „Aufstiegssteiglich“ abgeändert und dadurch Verwirrung in die Wählergeist gebracht hatten. Zweifelsvoll kämpften antijewische, konservative und Zentrumsgewordene in trauem Verein für die Rettung des angefochtenen Mandats; aber die gesunde Logik, die namentlich vom Abg. Dr. Neumann-Koster vertreten wurde, trug den Sieg davon, da schließlich auch die Nationalliberalen in ihrer ganz überwältigenden Mehrheit für die Ungültigkeit stimmten und diese daher, wenn auch nur mit der knappen Mehrheit der Stimmen, ausgesprochen werden konnte. Bei der Wahl des Herrn v. Kröcher konnte sich auch das Zentrum zu einem erheblichen Teil nicht der Empfehlung entziehen, daß die Unterschriften der Amtsvorleser, Bürgermeister und Ortsvorsteher unter dem konservativen Wahlauftrag nach alter Praxis als Wahlbeeinflussung zu gelten habe. So wurde Herrn v. Kröchers Mandat mit großer Mehrheit fallig.

In beiden Wahlkreisen, die nunmehr erledigt sind, wird es sehr schwer bei der Entscheidung des Wahlausganges sein. In Salzweil Gardelegen dürfte der deutsche Bauernbund wiederum versuchen, das Mandat an sich zu reißen. Im Fürstentum Waldeck hatten die Antisemiten 1911 4403, die Fortschrittler 3687, die Nationalliberalen 2037 und die Sozialdemokraten 1600 Stimmen. Bei der Stichwahl war Vietmeyer mit 6192 gegen 6039 fortschrittliche Stimmen als gewählt proklamiert worden. Der Kreis, den bekanntlich früher der Abg. Dr. Pottjoff vertreten hatte, kann von der Fortschrittspartei zurückgeworfen werden, wenn auch natürlich die Antisemiten alle ihre Agitationskräfte aufwenden dürften, um sich ihren mühselig erworbenen Besitz zu erhalten.

Die Heeres- und Dedungsborlagen.

Die Konservativen wollen Ruhe in der Behandlung der Dedungsfrage. Die „Konservative Korrespondenz“ schreibt nämlich am Schluß eines Artikels über die erste Lesung der Dedungsvorlage: „Das nächste Wort bei der Überwindung dieser Schwierigkeiten wird in der Budgetkommission zu werden sein. Leider wird diese kaum noch vor Pfingsten an die Beratung der Dedungsborlagen herantreten können. Es wird also eine Pause von über vier Wochen eintreten, und es besteht die Gefahr, daß der Kampf um die Wehrsteuerfrage in der Öffentlichkeit inzwischen mit neuer Heftigkeit entbrennt, zumal da in dieser Zeit die Landtagswahlen in Preußen fällt. Das könnte leicht dahin führen, daß die Parteien auf deren Verantwortung eine Entscheidung bei der Lösung der Frage antwortet, sich von neuem gegeneinander stellen. Wir würden es deshalb für dringend erwünscht halten, wenn in der jetzt eintretenden Pause die Erörterung der politischen Streitfragen, die mit der Wehrsteuer verknüpft sind, nach Möglichkeit eingeleitet würde, und sind ungerne, wenn dazu bereit. Der Vorteil darüber sind genug gemacht. Dagegen, daß man sich in der Öffentlichkeit bemüht, die technischen Einzelfragen der verschiedenen Steuerprojekte zu klären, haben wir natürlich nichts einzuwenden.“

Das ist sehr gnädig von der „Konservativen Korrespondenz“. Im übrigen werden alle unabhängigen Blätter, die dem Befehl der konservativen Parteileitung nicht unterliegen, das Dekret zurückweisen: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht, nur weil die Kreise der Konservativen bei der Landtagswahl getört werden könnten.

Konservative Ruhe. Die „Krenzzeitung“ hält ihren Antrag gegen den Senatspräsidenten des Oberverwaltungsgerichts Oberverwaltungsrat Dr. Cizius aufrecht, der es verlangt hat, die Bestimmung der Wehrbeitragsvorlage entschieden zu bekämpfen, daß als Wertländlicher Grundstücke nicht der Gemeinwert, sondern der 25fache Reinertrag zu gelten habe. In ihrer Mittwochabendnummer wiederholt die „Krenzzeitung“ ihre Ansicht, indem sie fragt: „Ist es verwunderlich, daß Kandidate zu einem Richter, der von solchen Auffassungen zu durchdrungen ist, daß er sie öffentlich mit seinem vollen Namen vertritt.“



finden als ein armer Teufel von der Landstraße. . . .
Wenn wir also den Befähigungsnachweis, aber auch den Verwendungsnachweis, der in Österreich zu lächerlichen Grenzstreitigkeiten geführt hat, ablehnen, so